

EU-Newsletter Nr. 04/2011 vom 28. April 2011



Verbreitung der Europäischen Notrufnummer 112

In der Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit haben Abgeordnete des Europäischen Parlamentes über die Chancen und Herausforderungen bei der Etablierung der europäischen Notfallnummer diskutiert.

Folgende Vorschläge wurden erarbeitet:

Der Ausschuss

1. weist darauf hin, dass laut der im Februar 2011 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage nur 26 Prozent der EU-Bürger die 112 als EU-weite Notrufnummer kennen, und stellt fest, dass 58 Prozent der EU-Bürger immer noch nicht der Aussage zustimmen, dass die Menschen in ihrem Land ausreichend über die Existenz der Notrufnummer 112 informiert seien;
2. fordert die Mitgliedstaaten auf, die 112 durch Maßnahmen, die sich an alle EU-Bürger und Reisenden richten, als „EU-weite“ Notrufnummer besser bekannt zu machen sowie Informationskampagnen, insbesondere in Schulen, und Veranstaltungen, die alljährlich am 11. Februar, dem „Europäischen Tag des Notrufs 112“, stattfinden, zu organisieren und zu unterstützen;
3. stellt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten fest, was die Kenntnis der europäischen Notrufnummer 112 betrifft, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Erfahrungen sowie bewährte Verfahren auszutauschen, damit bis 2020 mindestens 80 Prozent der EU-Bürger die Notrufnummer 112 kennen;
4. fordert die Mitgliedstaaten auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der erfolglosen Notrufversuche zu verringern, die Rufaufbau- und Rufbearbeitungszeiten zu verkürzen, die Zahl der Spaß- oder Falschanrufe zu verringern und die Verfügbarkeit von Angaben über den Anruferstandort zu verbessern;
5. fordert die Mitgliedstaaten auf, den Zugang zu Notrufen für Behinderte, ältere Menschen und hilfsbedürftige Gruppen zu verbessern und angesichts der gestiegenen Mobilität der EU-Bürger den effizienten Umgang mit Notrufen in Fremdsprachen zu fördern;
6. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass die Anforderungen bezüglich der Notrufnummer 112 ordnungsgemäß erfüllt werden.

Den Entwurf der Stellungnahme finden Sie hier:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-458.854+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>



Schlussfolgerungen des Rates zur Risikobewertung

Der Rat für Justiz und Inneres hat zum Thema „Risikobewertung“ Schlussfolgerungen angenommen. Der Rat richtet dabei verschiedene Aufforderungen sowohl an die Europäische Kommission als auch an die einzelnen Mitgliedsländer, damit dieses Thema stärker vorangetrieben wird. Das Thema Risikobewertung wird immer wieder als wichtiger Baustein des vorbeugenden Katastrophenschutzes hervorgehoben.

Bundesgeschäftsstelle

Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Telefon
(0 30) 28 88 48 8-00
Telefax
(0 30) 28 88 48 8-09
E-Mail
info@dfv.org
Internet
www.dfv.org

Präsident
Hans-Peter Kröger

Die Schlussfolgerungen können Sie hier nachlesen:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/jha/121462.pdf



Anhörung zur weiteren EU-Gesetzgebung im Bereich Katastrophenschutz

Ende dieses Jahres beabsichtigt die Europäische Kommission neue Legislativvorschläge für den Bereich Katastrophenschutz zu veröffentlichen. Deswegen veranstaltete die Europäische Kommission nun eine Anhörung der Interessenvertreter (staatliche Vertreter und Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen) und präsentierte erste Ideen für Verbesserungen/Neuerungen zu den Themen Prävention, Vorsorge, Reaktion und Vereinfachungen der Verfahren im Bereich des Transportes. Die Überlegungen der Europäischen Kommission gehen beispielsweise in die Richtung, dass die Planung von Einsätzen optimiert wird. Dies könnte man durch entsprechende Referenzszenarien und definierte Risiken erreichen. Eine andere Idee beispielsweise im Bereich Transport ist, den Transportkostenzuschuss der Europäischen Kommission auf 100 Prozent anzuheben.

Für den Deutschen Feuerwehrverband nahm Cornelia Andree, Referentin für internationale Beziehungen, an diesem ersten Meinungsaustausch teil. Das nächste Stakeholder-Meeting ist im Juni 2011 vorgesehen.

Der Newsletter des Deutschen Feuerwehrverbandes ist ein Informationsangebot an alle Menschen, die sich in der Feuerwehr oder für die Feuerwehr engagieren. Gerne können Sie ihn an Interessierte weiterleiten oder unter www.feuerwehrverband.de/newsletter direkt abonnieren. Abmeldungen sowie Änderungen der Mailadresse können Sie dort ebenfalls direkt vornehmen.

Deutscher Feuerwehrverband
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Verantwortlich:
Cornelia Andree
(Referentin Internationale Beziehungen)
Telefon (030) 28 88 48 8-24
E-Mail andree@dfv.org